

# Graphische Stimmen

## Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Poststellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Benloerwall 9. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 3gesp. Zeilzeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln 1.

### Sozialdemokratie und Sozialpolitik.

Diejenigen Kreise, die sich auch heute noch nicht mit unserer sozialen Gesetzgebung und dem in dieser verkörperten Prinzip der Staatshilfe abfinden können, weisen mit Vorliebe darauf hin, daß diese soziale Gesetzgebung das weitere Vordringen der Sozialdemokratie nicht habe aufhalten können, daß die Hoffnung, daß „die gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Zielen“ manches mildern oder beseitigen werde, was der Klassenkampf zwischen den Menschen aufgetürmt hat (Prof. Bernhard: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik), sich als bittere Täuschung erwiesen habe.

Diese letztere Behauptung ist, wie Prof. Dr. Stige in seiner unlängst erschienenen Schrift: „Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik“ (W. Stadbach, Volksvereins-Verlag) mit Recht betont, nur zum Teil richtig. Daß die Sozialreform Wölfe in Schafe umwandeln würde, hat niemand geglaubt. Daß die weltgeschichtlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sich durch einige Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände friedlich beglichen würden, konnte auch von einem vernünftigen Beurteiler, der auf den Grund der Dinge sah, angenommen werden. Kein Geringerer, als einer der Mitschöpfer der deutschen Arbeiterversicherung, Fürst Bisnardi, hat sich vor solchen Illusionen wohl gehütet. Er hielt es für eine Utopie, die Menschen überhaupt hier auf Erden zufrieden stellen zu können, für einen Traum eines tausendjährigen Reiches, der nur verwirklicht werden könne, wenn die Menschen Engel seien, für ein Hirngespinnst, für ein Phantom, das sich nicht greifen läßt, wenn man ihm nahe. Die Unzufriedenheit werde sich, solange Menschen auf Erden seien und in der Welt mit ihren Verschiedenheiten und Gegensätzen lebten, nicht ausrotten lassen.

Wer heute sät, kann morgen unmöglich ernten. So kann auch die innere Verjüngung und die Wiedergeburt der Massen nicht von heute auf morgen erreicht werden, sondern nur das Werk jahrzehntelanger, albeitsiger, systematischer, pflichttreuer und opferwilliger Arbeit in Schule, Kirche, Gesellschaft und Staat sein, kann vor allem nur durch die vereinigten Bemühungen von sozialem Pflichtgefühl durchdrungener Arbeitgeber und der ruhigeren, gerechtere und vernünftiger denkenden Arbeiter und Organisationen gesichert werden. Was in Jahrzehnten verjüngt war, konnte nicht in Jahrzehnten wieder gut gemacht werden. Umgekehrt erfordert es die Arbeit von Generationen, die Einbußen in unseren sittlichen Volksträften wieder auszugleichen, unser Volk wieder mit dem freundlichen Glauben und Vertrauen in dem Bestand unserer Gesellschaftsordnung und den gerechten Sinn der dirigierenden Klassen zu erfüllen, das Gefühl der christlichen Solidarität, die Liebe zu Vaterland und Kirche neu zu beleben und zum Gemeingut der ganzen Nation zu machen. Das ist eine Erziehungsaufgabe, die die Einsetzung der besten Kräfte erfordert. Wer eine solche innere Umwandlung von dem „bischen“ Arbeiterstand oder den „Großen“ der Arbeiterversicherung erwartet, hat, muß eben seine Kräfte nicht, aber nicht die Sozialreform für seine Entfaltung verantwortlich machen.

Was man im übrigen von der Sozialreform vernünftigerweise erwarten durfte, hat sich zum guten Teil erfüllt. Die wirtschaftliche, gesundheitliche und soziale Lebenshaltung unseres Arbeiterstandes hat sich mächtig gehoben. Die berechtigten stürmischen Anklagen haben sich gemindert; ihnen sind die Unterlagen zum guten Teil entzogen. Die Sozialdemokratie hat zwar an Zahl zugenommen, aber zum wesentlichen Teil nur, weil man in ihr fälschlich die treibende Kraft zum Fortschritt erblickte. Die wissenschaftlichen Unterlagen des Sozialismus sind erschüttert. Ihr Erörterungsprogramm ist durch die Kritik aus den eigenen Reihen vollends ausgehöhlt. Der Glaube an eine gesellschaftliche Ordnung voll Harmonie, Glück und Frieden — den Zukunftsstaat — wird in den eigenen Reihen nicht mehr ernst genommen. So ist die Sozialdemokratie immer mehr zu einer radikalen politischen Partei geworden. Die sozialen Forderungen und Klagen treten mehr und mehr gegenüber den politischen zurück. Alle ihre Reden und Flugblätter, ihre Anträge in den Parlamenten, die sie zur Verhandlung bringt, haben fast ausschließlich politischen Charakter. Allgemeines Wahlrecht in Preußen, Beseitigung der Zölle und indirekten Steuern, Bekämpfung von Militär und Marine, Bekämpfung der christlichen Schule usw. sind die Fragen, mit denen sie die Massen aufzupeitschen sucht. So hat sich die Sozialdemokratie im Zeitalter der sozialen Gesetzgebung gewandelt.

So kann man denn wohl mit Recht fragen: Hat die Sozialreform ihre Wirkung tatsächlich verfehlt? Und: Was würde wohl sein, wenn wir die breiten Massen unserer Bevölkerung bezog den „Gesetzen“ der kapitalistischen Entwicklung preisgegeben hätten? Dürfen wir uns nicht freuen — und erkennt auch das Ausland diese Notwendigkeit nicht immer mehr? —, daß sich bei uns schon vor Jahrzehnten die Aufschauung Bahn gebrochen hat und in kraftvollen Einrichtungen fruchtbar geworden ist, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten Americas, Wilson, in seine Antrittsrede als Zukunftsprogramm seiner Regierung aufgenommen und feierlich verkündigt hat. Nachdem er den gewaltigen Aufschwung der Vereinigten Staaten unter den frühern Präsidenten geschildert, weist er auf die dunklen Zeiten dieser Entwicklung hin. Mit dem Guten sei auch das Uebel gekommen, „viel echtes Gold zerfressen worden“. Insbesondere:

Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug eingeschlagen. Die peinlichen Seufzer aus den Bergwerken, aus den Fabriken und aus den Städten, wo der Kampf um das Dasein seinen eigentlichen Sitz hat, dieser ernste rührende Unterton unseres Lebens war nicht zu unseren Ehren gedungen. Die große Regierung, die wir geliebt haben, ist zu oft zu privaten und selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht worden. Unsere Pflicht ist es nun, das ganze öffentliche Leben zu reinigen und mit Humanität zu erfüllen, ohne es schwach oder sentimental zu machen. Unser Gebante war, daß jeder Mann und jede Generation für sich selber zu sorgen habe, und wenn wir auch nicht vergessen hatten, daß unsere Politik dem bedürftigsten Manne ebenso wie dem Mächtigen dienen müsse, so waren wir doch sehr eilig in dem Drange, groß zu werden. Jetzt sind wir zu ruhigem Nachdenken gekommen. Die Binde ist von unseren Augen gefallen, unser Wert ist ein Wert der Wiederherstellung.

Wilson bedauert, daß bisher noch so wenig „die Mittel studiert und vervollkommen seien, wie die Regierung in den Dienst der Humanität gestellt

werden könnte zur Förderung des Wohles der Nation“. Er fährt fort:

Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentlichen Grundlagen der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gesetze.

Das sind die Worte hoher Staatsweisheit, die in unserm monarchischen Vaterlande schon seit mehr als 30 Jahren Gemeingut sind. Aber fast scheint es, als ob wir uns derselben neu bewußt werden müßten gegenüber dem lähmenden Pessimismus, der sich so vielfach in unserm politischen Leben bemerkbar macht und in Äußerungen, wie oben wiedergegeben, sich Luft zu machen sucht. Mit welchem Rechte, mögen vorstehende Darlegungen gezeigt haben!

### Schmutzkurrenz.

Mancher ehrliche Geschäftsmann oder Fabrikant hat unter Schmutzkurrenz zu leiden. Schon ein Warenhaus oder Großbetrieb kann ihn dazu zwingen, seine Preise bedeutend herabzusetzen, will er mit der Konkurrenz handhalten. Weit schlimmer ist es aber, wenn zwischen vrellen Unternehmern eine Konkurrenz entsteht, die darauf hincit, den anderen „tot“ zu machen. Namentlich in den Arbeitervierteln der Städte tritt diese Erscheinung auf, dort, wo durch Anpreisung sogenannter Vorkaufartikel und durch Ausnahmehäute in den Warenhäusern kleinere Geschäfte gezwungen sind, ihren Betrieb einzustellen.

Auf welche Weise Warenhäuser billig zu Waren kommen, zeigt ein markanter Fall, den ich in einer Fachzeitung las: Ein Tischlermeister hatte für ein Warenhaus Rahmen anzufertigen. Da die Lieferung etwas später erfolgte, als feingelegt war, wurde dieselbe zurückgewiesen mit dem Bemerkten, daß man sich an den Vertrag halte. Einige Tage darauf erscheint ein Herr, und wünscht Wiederrahmen. Der Meister, der froh ist, wenigstens seine Auslagen decken zu können, wird mit ihm handelseinig. Kurze Zeit darauf fährt ein Wagen des betr. Warenhauses vor und holt die ganze Lieferung ab.

Diese Fälle wiederholen sich sehr oft. Die Einkäufer dieser Häuser sind verpflichtet, so billig wie möglich mit den Lieferanten abzuschließen, ohne Rücksicht auf den eigentlichen Wert der Ware zu nehmen. Leider bringen derartige Fälle oft nicht an die Öffentlichkeit, da sonst die Tageszeitungen keine Inserate, die ja eine große Einnahmequelle für sie bedeuten, erhalten.

Abgesehen von den Schiebergeschäften, die durch schnellen Verkauf minderwertiger, nicht immer einwandfreier Ware, also durch möglichst hohen Umsatz, trotzdem noch einen nicht geringen Reingewinn erzielen, gibt es „Unternehmer“, deren Spezialität darin besteht, daß sie Geschäfte, denen das Meiste an der Reiche liegt, mit einem Angebot von 20 Prozent, das ist der vierte Teil des Inventarwertes, aufkaufen und dann immer noch dabei zurecht kommen, selbst wenn die Waren unter dem sogenannten Selbstkostenpreis verkauft werden. Charakteristisch ist, daß derartige Geschäfte sich zumeist in jüdischen Händen befinden.

In der letzten Zeit wurde, namentlich in der radikalen Presse, für ein Unternehmen „Selbstkostenpreis plus 10 Prozent Rabatt“ großzügige Keffame getrieben, das glücklicherweise bald seine richterliche Entscheidung fand. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt hierzu: Das von der gesamten Geschäftswelt scharf angegriffene System des Verkaufs zum angeblichen „Selbstkostenpreis“ unter Hinterrückung eines prozentualen Verbilligungsschlages hat läßlichen Schiffbruch erlitten. Ein-

zelle Firmen haben es im Hinblick auf die letzten Kammergerichtsurteile vorgezogen, die betreffende Beschränkung fallen zu lassen; andere vermochten den Zusammenbruch des Unternehmens nicht mehr aufzuhalten. In welsch unverantwortlicher Weise das Publikum bei dem Verkaufssystem getäuscht wurde, ergibt sich aus den Büchern einer jetzt zusammengebrochenen Selbstkostenpreiskassa. Die beiden Leiter des Unternehmens, die als Geschäftsführer der G. m. b. H. eingetragen waren, ließen sich nämlich für ihren persönlichen Bedarf ein Gehalt von 40 000 Mk. auszahlen, das auch mit in den Selbstkostenpreis eingerechnet wurde. Was diesen zu gewonnenen Selbstkostenpreis wurde dann noch ein Verdienst von 10 v. H. zugeschlagen.

Leider werden Warenhäuser, Kamischabazare, Schleiberggeschäfte usw. zum größten Teil von Leuten besucht, deren eigener Schwitz an den dort zum Kauf ausgelegten Waren liegt. Dieses trifft auch fast immer in der Heimarbeit und in der Papierverarbeitung zu. Gewiß kann man niemandem verdenken, so billig wie möglich einzukaufen, vorausgesetzt, daß man sich von der Lautstärke der Ware überzeugt hat; andererseits muß man aber bedenken, daß durch Unterjüngung solcher Firmen nicht nur Handel und Industrie, sondern auch der Arbeiter- und Kaufmannstand sich selbst schädigen, indem ihnen gelegentlich aufgeschüttelt wird, ihre Arbeitskraft so billig wie möglich zu verkaufen.

In den Unternehmenskreisen haben sich schon seit längerer Zeit Verbände herausgebildet, deren Zweck und Ziel ist, die Schutzfunktion zu befähigen. So der Verband von Fabrikanten von Markentarteln, G. M. (Markenschutzverband), Fabrikanten und Händler sind angewiesen, bei Vermeidung einer Konventionstrafe die Ein- und Verkaufspreise einzubehalten.

Ferner gibt es Kartelle, das sind Vereinigungen von selbständigen großen Unternehmern (nicht Gesellschaften), die den Zweck verfolgen, durch Festsetzung der Menge der zu produzierenden Waren und der Preise die gegenseitige Unterbrechung beim Verkauf auszuschließen und so für alle Teilnehmer gleichmäßig hohe Gewinne zu sichern. Der einzelne Unternehmer muß sich bei Konventionstrafe verpflichten, die allgemeinen Bestimmungen einzuhalten. Die Kartelle zielen also auf Einschränkung der Konkurrenz und Ausbildung eines Monopols von weniger großen Produzenten hin. Diese Kartelle haben den Vorteil, daß sie die Produktion regelmäßig und dadurch die Lage der darin beschäftigten Arbeiter usw. sicherer machen; jedoch den Nachteil, daß sie die Waren oft um das Doppelte verteuern.

Gegenüber der freien Konkurrenz ist das Monopol ein volkswirtschaftlicher Zustand, der die Fabrikation oder den Vertrieb einer Ware innerhalb eines bestimmten Umkreises für immer oder zeitweise nicht jedermann freistellt, sondern nur einer Gruppe oder einem Unternehmer (Staat). Die „falschen“ Monopole sind im Unterschied von den „wahren“ (Staatsmonopolen), da sie auf keiner gesunden Grundlage aufgebaut sind, fast immer für die Gesamtheit auf die Dauer schädlich, weil sie zu einer Ausbeutung der Käufer durch die Verkäufer führen.

Minge und Traut's haben dieselben Wirkungen wie Kartelle oder Monopole; sie führen ebenfalls bei ökonomischen und geschäftlichen Schwächen des Staates zur Ausbeutung der Massen zugunsten weniger Millionäre. Trotz der hohen Dividenden, die alljährlich an Aktionäre ausgeschüttet werden, werden nicht immer die Löhne am besten gezahlt.

Wie schon angeführt, kann eine willkürliche Preissteigerung ausbeuterisch wirken. Diese Preissteigerung, wie sie sich auch an der Börse abspielt, ist nicht immer gerechtfertigt auf Mindernde, ungenügende Witterung und schwierige oder ausfallende Transporte, Krieg oder sonstige Ereignisse in irgend einem Winkel der Erde. Dies kann vielmehr erreicht werden durch Einführen falscher Gerüchte in die Zeitungen (Wärtemannsöder u. dgl.). Leider ist diesem Vorgehen schwerlich beizukommen, wenn nicht auf irgend Weise entweder vom Volke selbst oder von „oben“ ein Druck ausgeübt wird. (Schluß folgt.)

## Disziplin.

Nicht ganz selten kommt es vor, daß einzelne Mitglieder Maßnahmen der Organisation als ungeschickt erachten, aber nicht den Mut haben, öffentlich ihren Standpunkt zu vertreten. Aufschub der Versammlung glauben diese dann alles aufziehen zu müssen, um Anwesenheit beizubehalten. Radikalismus ist sofort im ersten Stadium einer Bewegung, wie Arbeitseinstellung ohne Einbindung der Räteorganisation, das sind die Experimente, die sie als am dienlichsten für ihren Erfolg erachten. Jene Mitglieder, die sich durch jahrelanges Studium über gewerkschaftliche Vorgänge einen Weitblick angeeignet haben, werden nicht selten durch Vorwürfe von radikalen Schreibern getränkt, benachteiligt oder trotzdem die Kräfte im Interesse der Allgemeinheit.

Wir müssen unsere Grundzüge achten, müssen prüfen, ob die gewerkschaftlichen Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Vorgehen gegeben sind. Wir müssen Disziplin üben und Vertrauen zu unseren Führern an den Tag legen.

Wenn wir bei Disziplinwidrigkeiten ernstliche Prüfungen anstellen, so können wir fast jederzeit ausnahmslos konstatieren, daß die Verfehlungen und falschen Meinungen fast nur von jungorganisierten Mitgliedern kommen. Tritt doch oft die Meinung der jüngeren Gewerkschaftler auf, daß sie mit dem Eintritt in die Organisation auf einmal übermäßig geworden wären und noch nichts mehr zu fragen hätten. Gegen Angehörige im Betrieb wird ein provokatives Verhalten an den Tag gelegt und bei dem geringsten Widerspruch soll dem der Verband sogleich die stärksten Mittel zur Anwendung bringen, um der Ansicht des Betreffenden ge- recht zu werden.

Die Organisation kann nicht so leicht sein, so kann sie

persönliche Verfehlungen von Mitgliedern vorliegen. Die organisierte Arbeiterschaft muß erst recht alles darauf setzen, um sich Ansehen zu verschaffen, das Pflichtgefühl muß sie auch dem Arbeitgeber gegenüber stets zum Ausdruck bringen. Der schamlos übertriebene Arbeitgeber hat ein Interesse daran, daß die Arbeiterschaft unempfindlich und diszipliniert handelt. Der Arbeiter muß wissen, daß er mit der Einhaltung der Disziplin seine ureigenen Interessen fördert und sich deshalb befehligen muß, darin Selbstzucht zu üben. Die Kämpfe von heute müssen von den verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet und geführt werden. Die Ausschüsse hängen von den wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen ab und müssen darnach abgemessen werden. Die organisierten Kollegen in den Betrieben haben oft keine Kenntnis von der allgemeinen Depression des Arbeitsmarktes, sondern bemessen alles an der derzeitigen Beschäftigung im Betriebe. Wird ein solches Vorgehen als ausfallslos betrachtet und die Verhandlung als die eigentlich verantwortliche Leitung die Eröffnung des Kampfes durch Einstellung der Arbeit ablehnt, oder einen bereits begünstigten Ausnahmefall abbricht, dann ist man empört. Jene Mitglieder, welche den Wert und die Bedeutung der Organisation infolge ihrer jungen Mitgliedschaft noch nicht zu kennen vermögen, drohen dann so gleich mit dem Austritt aus der Organisation und haben mit einer derartigen Idee nur dem Schatzmacher. Die Kämpfe im Arbeiterleben haben sich heute distanter gestaltet, als es je der Fall war. Ein mächtiger Gegner der organisierten Arbeiterschaft bildet die Konzentration des Kapitals und der zunehmenden der Industriellen zu Industriekonzernen, welche letztere jeden Versuch zur Ergründung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Gegenmaßnahmen beantwortet. Die Organisationen haben darauf zu achten, ihr Ansehen, ihre Macht dem Unternehmer gegenüber zu wahren. Die ruhige, kalte Berechnung aller Möglichkeiten darf erst ein entscheidendes Handeln bestimmen. Die dem Verband zur Verfügung stehenden Mittel sollen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, wenn ein leichtfertiges Handeln nicht nur die direkt interessierten Kämpfer schwer treffen kann, sondern auch die übrigen Berufsgruppen auf lange Zeit lahmlegen im Stande wäre.

Es ist anzunehmen, daß der gesunde Sinn der christlich-nationalen Arbeiter die Disziplin mit aller Macht hochhält und weiter zur Blüte bringt. Bedenke sich jedes Mitglied nach besten Kräften innerhalb unseres Verbandes an Hand der Beschlüsse der Generalversammlung und Anordnungen der Verbandsleiter und die Idee eines unüberlegten Handelns wird nie zur Geltung kommen.

## Vorwärts!

Erfreulicher Weise sind wir in den letzten Monaten insbesondere bei den Papierarbeitern vorwärts gekommen. Die leidige Furcht vor dem strengen Arbeitgeber kommt mehr und mehr abgelegt und von Koalitionsrecht Gebrauch gemacht. Gewerkschaftliche Einrichtungen werden den Gewerkschaften in den Augen der Arbeiter gelautet, die seiner gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen waren. Wesen diese Einrichtungen auch heute noch in ihrem ursprünglichen Charakter, so wird doch der eigentliche Zweck derselben von Tag zu Tag mehr erkannt, die Organisation der Arbeiter höher geführt und vorgezogen.

Nicht Wohlthaten, sondern Rechte verlangt die Mehrzahl der Arbeiterschaft und diese sind nur durch die Macht der Organisation zu erringen. Es ist noch nicht abzulegen, wie man in einzelnen Papierfabriken, fast ohne jegliche Angabe von sachlichen Gründen kategorisch Verbotensverweigerungen anordnete und auch durchführte. Es wurde in der Arbeiterschaft großer Jammer laut, aber das wirksame Mittel, die Selbsthilfe wurde verkannt und nicht in Anspruch genommen.

Wir verdienen es zu wenig und sind demzufolge nicht in der Lage, Verbandsbeiträge zu zahlen, so äußerte sich oft ein großer Teil der Kollegen. Die Erfolge im Vorgehen durch die Organisation haben aber bewiesen, daß das keine Opfer der Organisation gegenüber weit übertragt wird an Wohllohn, längere Arbeitszeit u. dgl. mehr. In einer Reihe von Betrieben ist die Organisation gelungen, neben der Erhöhung des Akkordverdienstes eine Garantie lohn durchzusetzen. Angebotene Verbesseuerungen wurden nicht nur mit vollem Erfolg abgewehrt, sondern in einzelnen Fällen auch Verbesserungen durchgeführt. Wie oft kam es vor, daß unorganisierte Arbeiter oder Arbeiterinnen in Mitleidenschaft bei einem Vorgehen fielen, und dann aus nichtigenden Gründen entlassen wurden. Mit Erfolg ist die Organisation bei organisierten Arbeitern jederzeit eingeschritten.

Gewiß gibt es auch heute noch sehr viele Papierfabriken, die den Grundlag verzeihen. Wir verhandeln nur mit unseren eigenen Leuten und nicht mit Personen, die außerhalb der Betriebe stehen. Aber wie lassen diese Herren das Verhandeln auf? Sie verlangen, daß die Arbeitnehmer einzeln ihre Wünsche vorbringen, um sie dann entsprechend einzuschüchtern, und statt Aufbesserung zu gewähren, Entlassung androhen. Dieses Experiment lehnt die Arbeiterschaft mit Recht ab, da sie bisher Gelegenheit zur Genüge hatte, kennen zu lernen, daß es zum großen Teile keine Vorteile, sondern oft Nachteile mit sich brachte.

Der Drang, die Mitgliederzahlen zu vermehren, ist insbesondere in engen Diktoren Gebieten nach geworden. Die Kollegen selbst wirken mit Erfolg auf die unorganisierte Arbeiterschaft ein und von Woche zu Woche konnten wir in der letzten Zeit Erfolge konstatieren. Möge das Beispiel allerorts anfeuernd wirken; wolle jedes Mitglied als Agitator für die Ausbreitung unseres Verbandes sorgen.

## Bettelchriften

nennst uns jemand in der „Graphischen Presse“, weil wir uns an Prinzipalvertreter der Chemigraphentarif-Justitionen gewandt haben mit dem Ersuchen, für die Befreiung des Monopolcharakters des Tarifes einzutreten.

Die großflüßigen Worte, die uns von der „Graph. Presse“ an den Kopf geworfen werden, illustrieren am besten die Art, in der sie sich befindet, weil das Resultat der Tarifverhandlungen gar so schlecht für sie ausgefallen ist. Man stellt es nun so dar, als ob der Generalbund selbst mit freudigem Herzen für die Befreiung des Monopolcharakters im Chemigraphentarif eingetreten wäre, und unser Schritt ganz zwecklos und überflüssig gewesen sei. Die „Graph. Presse“ irrt, wenn sie meint, kein Prinzipalvertreter hätte sich auf unsere Seite gestellt und ganz von selbst wären die Dinge so gekommen, wie sie kamen. Nebenfalls hat unsere Arbeit mit dazu beigetragen, die Antipathie gegen den Monopolvertrag zu vertiefen und so zu seinem Ende beigetragen. Das genügt uns. Wenn man seitens der Gewerkschaften selbst eingesehen haben sollte, daß man sich nur blamieren kann, wenn man am Monopolcharakter festhalten wollte, und aus diesem Grunde den Streitigkeiten auf Befreiung des Monopolcharakters keinen besonderen Widerstand mehr entgegenzusetzen wagte, dann können wir uns nur freuen über diesen Gesinnungswandel, der jedenfalls nicht ganz freiwillig eingetreten ist. Warum hat man denn jetzt so verzweifelte Anträge gemacht, um dem Tarif den Monopolcharakter zu verschaffen, wenn man kein Interesse daran hatte? Wir verstehen: Die rote Gesellschaft denkt, nachdem der Monopolcharakter aus die Hände in die Hände gelegt hat, können wir ihn, wenn es nicht anders geht, entbehren.

Es frägt sich nun, ob es den roten Chemigraphen ausgingen wird, auch künftig, wenn der Organisationszwang nicht mehr besteht, die nichtsozialdemokratisch gesinnten Verbände und Geschillen in den Generalbund zu pressen. Wir wollen abwarten. Unlogisch nennt die „Graph. Presse“ unsere Forderung, nur für Mitglieder unseres Verbandes die Gleichberechtigung zu fordern. Wir haben darauf zu erwidern, daß wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollten, für Leute Rechte zu fordern, die sich nicht verpflichten, auch Pflichten zu erfüllen, die ihnen durch die Tarifgemeinschaft auferlegt werden. Wir sind aber mit der nunmehr vorgenommenen Regelung durchaus einverstanden, wonach der Tarif überhaupt nicht nach der Organisationszugehörigkeit fragt, wenn nur die tariflichen Bestimmungen respektiert werden. Auch werden wir nicht verfehlen, gelegentlich der nächsten Generalversammlung einen Passus in unsere Satzungen aufzunehmen, der uns die Berechtigung verschafft, an den Sitzungen des Tarifausschusses und Tarifamts mit beratender Stimme teilzunehmen.

Ganz besonders erfreut sind wir in unserer teilsichtigen Besinnung deswegen, weil die „Graph. Presse“ nicht mehr als Publikationsorgan des Tarifamts zugelassen werden soll. Diese Chefsache hat das Blatt recht verdient. Vielleicht werden nun die Beschlüsse des Tarifamts nur noch in Prinzipalorganen veröffentlicht. Eine solche Demittigung werden die Herren Geschillenvertreter ein, ohne zu erörtern. Was sie erreicht haben, ist so wenig, daß es nicht der Mühe wert ist, davon zu reden. Tello mehr wäre von solchen Dingen zu berichten, die nicht erreicht wurden.

Wir wollen sie nicht der Reihe nach aufzählen, weil es uns wiederbreit, eine für die Geschillen so unrichtige Statistik aufzumachen. Eine Organisation, die von einer, ihre Mitglieder auf 5 Jahre festlegenden, Tarifverhandlung mit einem solchen Ergebnis abziehen muß, hätte wohlthätig alle Veranlassung, büßlich stille zu sein. Wer weiß, wie die Geschillenvertreter „gebetelt“ haben! Es ist ja eigens beschlossene worden, keinen stenographischen Bericht über die Verhandlungen zu veröffentlichen. Die Gründe liegen sehr nahe.

Was den Hinweis auf den Gutenbergsbund und seinen Kampf gegen den Buchdruckerverband betrifft, können wir sagen, daß wir uns darüber mit der „Graph. Presse“ nicht lange unterhalten. Dies aus dem Grunde, weil der Gutenbergsbund und dessen Organ dafür Sorge tragen, daß die Öffentlichkeit erfährt, wie es im Buchdruckerberuf aussieht. Wenn bei dieser Gelegenheit auch verschiedenen Prinzipalvertreter, und in erster Linie Herrn Wigenstein der Text gelesen wird, liegen jedenfalls gemächliche Gründe dafür vor. Die Verurteilungen der „Reischrift“ werden dem „Typograph“ Veranlassung geben, mit dem Prinzipalorgan recht deutlich abzurechnen. Wenn in der Reiseschrift in der Hauptfache Leute das Wort führen, die mit dem Buchdruckerverband unter einer Decke stehen, dann können wir nur wünschen, daß die Prinzipale, die von einem solchen Zustand nichts wissen wollen, ihre Stimme mehr zur Geltung bringen. Das nämlich gilt auch für die Prinzipalität im Chemigraphengewerbe.

An die in unserem Verband organisierten Chemigraphen, Kupfer- und Lithodrucker usw. richten wir die bringende Mahnung, die augenblicklich so überaus günstige Regelung zur Agitation in den Reihen ihrer speziellen Berufscollegen nicht zu verkümmern. Es muß uns gelingen, bis zum Schluß des 1. Quartals 1914 eine stattliche Anzahl von ihnen für unseren Verband zu gewinnen.

## Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 30. Wochenbeitrag pro 1913 fällig. Der Zeitungsendung liegen die Abrechnungsfornulare für das 3. Quartal bei. Wir ersuchen um pünktliche Einfindung der Abrechnung und genaue Ausfüllung der Mitgliederliste nebst Einzelleistungen. Gesperrt ist die Firma Schögel und von der Seiten-  
S. W. Gumbel

Der Vorstand

Die Adresse des Kollegen Josef Karn, Buchbinder, Mitgliedsnummer 9110, wolle man gütigst umgehend an Herrn. Fortmann, Düsseldorf, Luisenstr. 33/35 angeben.

**Die Krankenversicherung.** Für die größeren Zahlreichen liegt der dieswöchentliche Zeitungsbeitrag eine Probenummer der „Krankenversicherung“ bei. Es ist dieses das Organ des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen, Sitz Essen (Geschäftsstelle Köln, Venloerwall 9). Wir empfehlen den Zahlreichen angelegentlich auf diese Zeitschrift zu abonnieren (Vertriebspreis 1,25 Mk.). Die Neuordnung des ganzen Versicherungswesens wie auch die Tatsache, daß durch die Verhältniswahl zu den Massenorganen zahlreiche Kollegen sich intensiver mit den Fragen der Krankenversicherung beschäftigen müssen, machen den Bezug der vorzüglich redigierten „Zeitschrift“, auch für die einzelne Mitglied empfehlenswert. Eingebunden, gehört die Krankenversicherung in die Bibliothek einer jeden Zahlreiche, wo sie als wertvolles Nachschlagewerk dienen kann. Beteiligungen auf die Krankenversicherung erziele man beim Einzelbezug durch die Post; bei Partienbestellungen wende man sich an die Geschäftsstelle.

## Kundschau.

### Ein Mutwillenstreik.

Wohin die einseitige Begünstigung der Sozialdemokraten seitens anderer Unterebenen durch Abschluß von Monopolverträgen führen kann, zeigt folgender Vorfall. Die Firma Gebr. Fortmann, Wien 7, beschäftigt bis vor kurzem nur solche Arbeiter, welche sich mit dem Mitgliedsband des sozialdemokratischen Verbandes ausweisen konnten. Kürzlich nahm der Betriebsleiter auch Mitglieder des „Graphischen Zentralverbandes“ — eine christliche Berufsorganisation — als Arbeiter an. Das Verbot der „Genossen“ über die Danksatzur und sie inszenierten rasch eine Lohnbewegung. Trotzdem die Firma sofort erklärte, daß sie den geforderten Lohnaufschlag bewilligt, wurde in einer Betriebsversammlung der Beschluß gefaßt, ab Dienstag d. W. in den Streik zu treten. Ferner wurde die Forderung aufgestellt, daß der Betriebsleiter entlassen werden muß. Die christlichen Arbeiter waren damit nicht einverstanden, denn 1. ist der Streik ein Bruch des bis 1914 laufenden Tarifvertrages, 2. hat die Firma ohnehin den gemeinsamen Lohnaufschlag bewilligt, und 3. haben sie keinerlei Ursache, die Entlassung des Betriebsleiters zu verlangen, der nichts anders „verschuldet“ hat, als das Monopol der Sozialdemokraten durchbrochen zu haben. Diesen Standpunkt bekräftigten sie auch in der Betriebsversammlung und erklärten, daß der Streik unverantwortlich ist. Sie wurden aber gemein beschimpft und der Streik beschlossen. Ferner wurde auch der ziemlich durchsichtige Versuch gemacht, der Firma keine Forderungen zu überreichen, und solange zu streiken, bis die Firma selbst um Wiederrückgabe der Forderungen erlucht! Bei einer Donnerstagmorgens Betriebsversammlung haben die christlichen Arbeiter neuerlich versucht, Klar zu machen, daß ein derartiges Verhalten der ganzen Arbeiterchaft schade. Ihr Sprecher wies nach, daß der sozialdemokratische Verband mit der Firma verhandelt, während die Sozialdemokraten es als ein *U m p e r e i* bezeichnen, als der „Graphische Verband“ für jene Mitglieder das selbe tun wollte. Die christlichen Arbeiter erwiderten hierin einen Verrat und sind entschlossen, diesen Mutwillenstreik nicht mitzumachen und lehnen jede Verantwortung ab, zumal es klar ist, daß das Ganze nur zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der christlichen Arbeiter angelegt ist. Mit dem Hinauswurf des Meiners und der übrigen christlichen Arbeiter endete die Versammlung. Der „Graphische Zentralverband“ wird wissen, was er zu tun hat, daß die sozialdemokratischen Räume nicht in den Himmel wachsen. Er hat es fast, seine Mitglieder Terroristen und professionismatischen Geizern auszusprechen. Offenlich ziehen auch die bürgerlichen Kreise dem Streik die Lehre, daß die einseitige Bevorzugung der Sozialdemokraten durch Abschluß von Monopolverträgen nicht im Interesse des Gewerbes gelegen ist.

### Das Doppelgesicht der „freien“ Gewerkschaften

In durch ein Mandat des Organs des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes drastisch beleuchtet worden. Dieses „freie“ Gewerkschaftsblatt („Der Steinarbeiter“) hat seine Ausgabe Nr. 33 vom 16. August 1913 mit verschiedenen neuem Inhalt der ersten zwei Seiten versehen. Ein Teil der Nummer enthielt auf der Titelseite im schwarzen Trauerband einen Nachruf für den verstorbenen Bebel, während ein anderer Teil der Ausgabe einen karnevalistischen Inhalt aufwies. Der erste Teil mit dem Bebelnachruf war für die Mitglieder in den sozialdemokratischen Domänen bestimmt, während die zweite ohne diesen Nachruf für jene Gegenden bestimmt waren, wo die Mitglieder noch nicht zu überzeugen waren, „Genossen“ ergoßen sich. Die Neutralitätsheuchelei und der Gaukelstreich der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist also schon soweit gediehen, daß zwei verschiedene Ausgaben einer Nummer des Gewerkschaftsorgans fabriziert werden, um die unter Vorpiegelung falscher Tatsachen angelegten Mitglieder in dem Glauben zu halten, sie gehörten einer neutralen Berufsorganisation an.

Was ist wirklich noch nicht dagewesen. Möglich ist's schon, daß nun andere „freie“ Gewerkschaftsblätter einen ähnlichen Weg einschlagen, um zum erwiderten Ziele zu kommen. Kennt man solche Schwindelpraktiken beim christlichen Namen, dann muß man noch gewarig sein, daß sich die Genossen darüber entziehen.

### Gegen sozialistische Organisationsdiktate.

Seit Jahren schon wird die Leffentlichkeit mit den verschiedenen in den Einrichtungen des Bundesdiktats die verschiedenen Arbeiter müssen immer wieder Leffentlichkeit nehmen, um Willkür in diesen

Einrichtungen hinzuzufügen und insbesondere darzutun, mit welcher Parteilichkeit — am besten härteren Ausdruck zu gebrauchen — alle sozialistischen Arbeiter hier behandelt werden. Der sozialistische Bundesdiktatverband hatte seit langem seine Leffentlichkeit streifenlos dazu ausgeübt, sich so jetzt in den Leffentlichkeiten zu verdingen, daß sich alles seinen Willen beugen mußte. Niemand hörte ihn dabei.

Kunzebr indes beginnt die systematische Aufklärungsarbeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung über diese Verhältnisse allmählich, so wie zu erwarten. Insbesondere sehen auch mehr und mehr Vertreter der Prinzipale ein, daß es sich bei den Abwechslungen der christlichen Arbeiter nicht bloß um deren eigenes Wohl handelt, sondern um das Schicksal der Gesamtgesellschaft überhaupt. Diese Meinung der Meinungen ist insofern von der größten Wichtigkeit, als der sozialistische Verband es früher stets verstanden hat, den Vertretern der christlichen Arbeiter damit die Stogkraft zu nehmen, daß man sie als Leffentlichkeiten hinstellte, die auch von der einseitigen Prinzipalität mit höchstem Mumm verfolgt würden. Auch diese Waffe ist inzwischen dem sozialistischen Verbande zu niederkommen. Bereits mit aller Macht aus der Hand geschlagen worden. Ein ganz neuerdings wieder wendet sich das Prinzipalsorgan, die „Zeitschrift“ (Nr. 66), mit größter Schärfe gegen den Bundesdiktatverband und sagt ihm auch seinerseits das auf den Kopf zu, was ihm die christlichen Arbeiter seit langem vorwerfen, nämlich, daß er nicht larmende, sondern verbandesgesellschaftliche Interessen verfolge. In einem Artikel mit der beachnenden Überschrift „Tarifrecht und Organisationsdiktatur“ wird dem sozialistischen Verbande vorgehalten, daß er gerade jetzt wieder einen kläffenden Beweis für die Nachordnung tariflichen Rechts unter gewerkschaftliche Interessen, wie sie vom Verband und seinem Organen beanprucht und mit allen Mitteln angeleitet wird, erbracht hätte. Diese Standgebung verdient weitestehende Beachtung. Den Vorwurf der Tarifgerechtigkeit wird der sozialistische Verband gegen das Organ der Prinzipalität, welches er früher so oft für sich in Anspruch genommen hat, wohl kaum zu erheben wagen. Seine Treibererben sind eben an einem Punkte angelangt, daß ihm in Rücksicht auf höhere Interessen ein gebeterliches Halt zugerkufen werden muß. Es ist gut, daß diese Erkenntnis nach und nach eine allgemeine wird. Denn nur im Zusammenarbeiten aller willkürlichen Tarifverträge kann die verdienstvolle Tarifmitteilung eine Entfaltung nehmen, die zugleich das gewerbliche und das allgemeine Interesse wahr.

### Eine schwere, verdiente Niederlage.

Der Gewalttat des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in der „Pamberger Möbelindustrie“ wurde seitens der christlichen Arbeiterchaft energisch abgelehnt. Mutwillig hatten die Genossen, entgegen allen gewerkschaftlichen Grundätzen, einen streikenden Streik vom Jahre gebrachen, um drei christlich organisierte Arbeiter brotlos zu machen. Seit dem 14. Juli, also volle 8 Wochen, streikten die tapferen Vertreter der „Freiheit“ und opferten Tausende von Mark (es sind dies mühsam ausgebrachte Arbeiterergötzen), weil christliche Holzarbeiter das Verbrechen begingen, in einem Betrieb, der nach Ansicht der Genossen eine „freie Bude“ sein sollte, Arbeit nahmen und nicht übertraten. Ein trauriges Kapitel in der Arbeiterbewegung bildet der streikende Streik, der auch nicht ohne bedauerliche, gewalttätige Erscheinungen blieb. Nun wurde der Streik gegen Ende voriger Woche vollständig erfolglos abgebrochen, nachdem die Zentrale des roten Verbandes in Berlin weitere Mittel zur Auszahlung von Streikunterstützungen hartnäckig verweigerte. Die Firma stellt keine sozialdemokratisch organisierten Arbeiter mehr ein. Noch vor kurzem hatte die übermüthige Streikleitung das bevorstehende Ende der traurigen Bewegung led abzulugnen versucht, um ihre eigenen Genossen über die wirkliche Situation hinwegzutäuschen. Etwa 60 Arbeiter, darunter viele verheiratete Familienmänner, können sich jetzt bei der roten Gewerkschaft bedanken dafür, daß sie jetzt um Brot und Arbeit gekommen sind und in Rot geraten. Fürwahr, die Erziehungsarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften zeitigt „herliche“ Erfolge. Dank und Anerkennung verdienen die christlichen Gewerkschaften, die sich und anderen ihre Organisationsfreiheit und ihr Koalitionsrecht erkämpften. Die rote Gewerkschaft ist damit in Bamberg gebrochen. Hoffentlich für immer!

### Eine wichtige amtliche Bekanntmachung über Ortslöhne.

#### Ortslöhne.

Berlin-W., den 18. August 1913.  
Nach Artikel 1 der Kaiserlichen Verordnung vom 5. Juli 1912 (RGBl. S. 489) treten am 1. Januar 1914 die Vorschriften der §§ 149 bis 152 der Reichsversicherungsordnung über die Festsetzung der Ortslöhne in Kraft. Die Maßnahmen, die erforderlich sind, um diese Vorschriften zu diesem Zeitpunkt in Wirksamkeit treten zu lassen, sind sofort in Angriff zu nehmen. Die jetzt festgesetzten Ortslöhne gelten für das Jahr 1914; nach § 151 ist abdann für einen weiteren Zeitraum von vier Jahren, am 1. Januar 1915 beginnend, eine Neueinstellung vorzunehmen. Bei der nach § 152 Abs. 2 vorgeschriebenen Anhörung der Vorstände der beteiligten Krankenkassen ist zu beachten, daß Krankenkassen, deren Auflösung oder Schließung zum 31. Dezember 1913 rechtskräftig feststeht, nicht mehr als beteiligt anzusehen sind. Dagegen sind die Vorstände der neu zu errichtenden allgemeinen Krankenkassen und Landkrankenkassen, sofern sie nicht schon gewählt sind, zu hören.

Bei Festsetzung der Ortslöhne ist nach folgenden Grundregeln zu verfahren:

1. Für jeden Bezirk müssen mindestens sechs Lohnsätze festgesetzt werden, und zwar für Männer unter 18 Jahren, für Männer von 18 bis zu 21 Jahren und für Männer über 21 Jahre; ferner für Frauen unter 16 Jahren, für Frauen von 16 bis zu 21 Jahren und für Frauen über 21 Jahre. Für Bezirke, in denen die Lohnverhältnisse der unter 16 Jahre alten gewöhnlichen Tag-

arbeiter (Jugendlichen) erhebliche Verschiedenheiten aufweisen, je nachdem es sich um „junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren“ oder um „Minder“ unter 14 Jahren handelt, sind getrennte Festsetzungen zulässig, wobei dann wiederum zwischen Männern und Frauen zu unterscheiden ist. Lehrlinge zählen zu den „jungen Leuten“ (RVO. § 150 Abs. 1 und 2). Danach dürfen für die einzelnen Bezirke insgesamt acht Festsetzungen getroffen werden; weitere Unterfestsetzungen sind nicht zulässig.

2. Der Ortslohn ist in der Regel einheitlich nach dem Durchschnitt für den ganzen Bezirk jedes Versicherungsamts festzusetzen. Ausnahmen sind hierin nur dann zulässig, wenn die Lohnsätze in einzelnen Ortschaften oder zwischen Stadt und Land erheblich abweicht (RVO. § 150 Abs. 3).

3. Bei der Festsetzung ist nach der Tagesentgelt jeder Versicherten zugrunde zu legen, welche Arbeiten, die eine besondere Vorbildung oder besondere technische Fertigkeiten nicht erfordern, als gewöhnliche Tagelöhner verrichten. Es scheiden dabei also insbesondere alle sogenannten Arbeiter aus. Arbeiter, die in einem festen, für längere Zeit abgeschlossenen Dienstverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, können als „gewöhnliche Tagelöhner“ in der Regel nicht angesehen, bei Ermittlung der hier in Betracht kommenden Lohnsätze also nicht mit berücksichtigt werden. Der Lohn von Lehrlingen bleibt außer Ansatz, weil Lehrlinge keine „gewöhnlichen Tagelöhner“ sind. Wenn das Gesetz vorschreibt, daß Lehrlinge zu den jungen Leuten zählen, so bezieht sich dies nur auf die Anwendung der festgesetzten Sätze und nicht auf die Festsetzung selbst.

4. Die Ortslöhne sind nach Maßgabe des Tagesentgelts festzusetzen, der den gewöhnlichen Tagelöhnern (Ziffer 3) tatsächlich gewährt zu werden pflegt. In solchen Bezirken, wo der Taglohn in den einzelnen Jahreszeiten verschieden ist, sind die wirklichen Tagesentgelte für 300 Werttage zusammenzuzählen und durch 300 zu teilen.

5. Dem in barem Gelde gewährten Gehalt oder Lohn ist der Wert der Gehaltsanteile, Sätze und anderen Bezüge (Zinsgebühren, Kollektoren, Aufmunterungsgebühren für Lehrlinge, Geldstrafe usw.) hinzuzurechnen, die der gewöhnliche Tagelöhner, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält (RVO. § 160). Auf längere Dauer berechnete Sachbezüge, wie freie Wohnung, Adressierung usw. werden hierbei selten in Betracht kommen, weil diese in der Regel nur für Arbeiter im hängigen Dienstverhältnis gewährt zu werden pflegen. Der Wert der Sachbezüge ist nach den durchschnittlichen Ortspreisen (RVO. § 160 Abs. 2) zu berechnen und nach einem Jahresdurchschnitt zu schätzen. Den baren Lohn haben die Gemeindebehörden gesondert von dem Werte der Sach- und anderen Bezüge anzugeben.

Die Festsetzung des Ortslohnes sind durch das Regierungsamtblatt und durch die zur Veröffentlichung von Bekanntmachungen der Verwaltungsämter bestimmten Blätter zu veröffentlichen, dabei ist darauf hinzuweisen, von welchem Tage ab die neuen Sätze gelten.

Je zwei Stück des Regierungsamtblatts, in dem die festgesetzten Ortslöhne veröffentlicht werden, sind sobald dem Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin-W. 10, Köpenicker 6/8, einzureichen. Für die Folge sind die Regierungsamtblattsblätter, in denen Änderungen der festgesetzten Ortslöhne enthalten sind, in zwei Stück, zweimal im Jahr, und zwar bis zum 15. Mai und 15. November, dem Kaiserlichen Statistischen Amt einzureichen.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten. An die Königlichen Oberverwaltungsämter, mit Ausnahme der besonderen.

### Christlich-nationaler Arbeiter- und Arbeiterinnenrat in Augsburg.

Am Sonntag, den 14. September, fand in Augsburg ein christlich-nationaler Arbeiter- und Arbeiterinnenrat statt. In Augsburg, der Geburtsstätte der „Gelben“ und einer vermeintlichen Domäne der Genossen hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung dadurch den Beweis erbracht, daß auch sie hart und lebentätig ist. Ein Festzug der christlichen Gewerkschaften, konfessionellen Arbeiter, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereine zur Stadthalle leitete die Tagung ein. In der Stadthalle versammelten sich 9-10 000 Personen. Die Begrüßungsansprache hielt Gewerkschaftsfreier Kollege Hofhöf. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Herrn Präses Konf. Walterbach sprach Herr Dambitz und Vizepräsident Endermayer. Gewerkschaftssekretär Hoff. Funke-Rüchgen behandelte die Frage: Was wollen die christlichen Gewerkschaften innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung? Im Anschluß an das Referat, das mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, nahm die Versammlung eine Resolution an, in der es u. a. heißt:

„Die verammelte christlich-nationale Arbeiterchaft sieht nur in den christlichen Gewerkschaften ihre berufene wirtschaftliche Interessensvertretung. Im schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie stehend, würdigen die christlichen Gewerkschaften vollumfänglich die volkswirtschaftliche Bedeutung eines kapital- und geschäftsmännlichen Unternehmens, lehnen aber auch mit allem Nachdruck die sog. gelben Gewerkschaften ab, in der vollen Überzeugung, daß letztere Hindernis für das Aufwärtsstreben des Arbeiterstandes sind, sowie in sittlich, religiös, in sozialer und nationaler Beziehung eine Gefahr für unser Volk bilden. Gegenüber dem Klassenkampf und Terrorismus der Sozialdemokratie wird nur durch die christlichen Gewerkschaften ein wirksamer Damm aufgerichtet. Sollen die Weltbewegungen der Staatsbürgerlichen und religiösen Generation der Jugend und des erwerbstätigen Volkes letzten Endes nicht erfolglos sein, dann ist es Pflicht aller christlich-national denkender Arbeiter und Arbeiterinnen zur Vertretung ihrer Berufsinteressen sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nur im Rahmen der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften ist eine dauernde soziale, berufswirtschaftliche Stellung und Besserung der deutschen Arbeiterchaft möglich.“

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften sprechen den konfessionellen Vereinen ihre volle Sympathie aus und sind überzeugt, daß diese Organisationen die Hauptquelle eines verständnisvollen Nachwuchses für die christlichen Gewerkschaften bilden und zugleich die Grundlage ihrer Kraft.

Die anwesende christlich-nationale Arbeiterschaft gelobt im Sinne ihrer Resolution ihre ganze Kraft einzusetzen, um so ihrer Religion, ihrem Stand und Vaterland zu dienen.

### Krankentafelwahlen.

In roten Eisenburg erhielten nach der Auszählung der Stimmen durch den Kassenvorstand, die erst vier Tage nach der Wahl stattfand, die sozialdemokratische Liste 1549 Stimmen (18 Vertreter); die christl.-nationale Wahl konnte kaum die Rede sein, da fortwährend eine Anzahl „Gensaffen“ die Vorgänge in der Wahlzelle beobachteten konnten. Die Wahl soll angefeindet werden. — Wie die Werbestraft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verhandelt werden kann, das zeigt sich deutlich in Mühlhausen in Thüringen. Die nichtsozialdemokratischen Kreise wissen hier anscheinend immer noch nicht, daß Voraussetzung zu einem Erfolge gegenüber der Sozialdemokratie ein echtes unumwundenes Bekenntnis zur christlichen Arbeiterbewegung ist. Wer sich aber nur äusserlich dazu bekennt, und nebenbei noch mit dem Götzen und mit den Pfaffen-Dunderschneidern Gemeindegemeinschaften pflegt, der findet nirgends Anhang. Der Ausschuss der dortigen Ausschusswahl zur Krankentafel bringt dafür neue Beispiele. 225 rote Stimmen, 19 rote Vertreter; 185 nichtsozialdemokratische Stimmen und ein Vertreter, das ist der Erfolg einer solchen Auffassung vom Wesen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — In Gaspel, wo die Krankentafel bisher eine unbestrittene rote Domäne war, erzielte die sozialdemokratische Liste 444 Stimmen (14 Vertreter); die Pfaffen-Dunderschneide Liste 11 Stimmen (1 Vertreter); die christliche Liste 140 Stimmen (6 Vertreter). Gegenüber der Wahl verdreifachte sich die Stimmenzahl der christlichen Arbeiter. — In Meheim wurde die Vertreter der christlichen Gewerkschaften ohne Gegenliste gewählt. — Das gleiche trifft für Siegburg zu, wo die Genossen die Liste um einen Tag zu spät einreichten. — Bei der Wahl des Ausschusses der Krankentafel für den Siegfriedsbrunn brachte die christlichen Gewerkschaften 158 Stimmen auf. Sie erhielten sämtliche 18 Ausschussmitglieder, da auf drei gegnerische Listen insgesamt nur 10 Stimmen entfielen. — In Gelsenkirchen-Udenborn erzielten die christlichen Gewerkschaften ebenfalls einen sehr guten Erfolg. Ihre Liste erhielt 180 Stimmen und 13 Vertreter; während auf die sozialdemokratische Liste nur 96 Stimmen und 7 Vertreter entfielen. — Bei der Wahl des Ausschusses der Krankentafel für das Kirchspiel Gohfeld (bei Dahnhausen) erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 217 Stimmen (7 Vertreter); die sozialdemokratische Liste 142 Stimmen (4 Vertreter); die Liste des bisherigen Kassenvorstandes 61 Stimmen (1 Vertreter). — In Batschau bei Neisse, wo die Arbeitgeber bisher noch jeden Versuch der Einführung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter durch Maßnahmen verhindert haben, erzielte die sozialdemokratische Liste 130 Stimmen, während es zwei andere Listen auf zusammen nur 81 Stimmen brachten. Dabei zählt der größte Arbeitgeber am Orte die Beiträge zum katholischen Arbeiterverein für seine sämtlichen Arbeiter. Die geistliche Unterstützung des Arbeitervereins und die Niederknüttelung unseres Verbandes hält der Mann für ganz gut mit einander vereinbar. Was die Wahl für Bauerschaft eine gute Lehre sein. — Bei der Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Krankentafel in Ponauz entfielen auf die christliche Liste 180 Stimmen (6 Vertreter), auf die sozialdemokratische Liste 62 Stimmen (2 Vertreter). Wegen die letzte Wahl gewann die sozialdemokratische Liste 3 Stimmen, die christliche 63 Stimmen.

### Aus den Jahrestellen.

**Duisburg.** Die junge Jahrestelle Duisburg hielt am 23. August Versammlung ab. Der wichtigen Tagesordnung wegen erschienen die Kollegen fast vollzählig. Den Hauptpunkt bildete der Geschäftsbericht und die Neuwahl eines Vorsitzenden. Im Geschäftsbericht, welcher vom Vorsitzenden kass. Grottelas gegeben wurde, war hervorgehoben, daß von der Zeit der Gründung unserer Jahrestelle bis heute 3 Versammlungen stattfanden, bei welchen drei Referate gehalten wurden. Durch rege Agitation brachten wir es zu verschiedenen Neuaufnahmen. Bedauerlich wurde dahin gearbeitet, junge Kollegen und Lehrlinge zu organisieren. Leider reist unser Vorsitzender, Kass. Grottelas, ab. An dessen Stelle wurde Kass. Kauen einstimmig als Vorsitzender gewählt. Hierauf gab Kass. Kauen den Kartellbericht von der letzten Jahrestellung. In Punkt Verchiedenes stellten die Mitglieder gewerkschaftliche und fachliche Anfragen, welche zur Zufriedenheit beantwortet wurden. Zur Ehre unseres Kass. Grottelas wurde eine Abschiedsfeier am 6. September feierlich. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Gruppischen Zentralverband. — Die Abschiedsfeier, welche im Restaurant Schwanen stattfand, verlief recht schön. Wieder und Beiträge von einzelnen Mitgliedern verchiedener die Veranitalung. Ingeten sehen wir den Scheidenden von uns gehen, denn er hat es verstanden, durch Tat und Wort die Jahrestelle hochzubringen, die jungen Mitglieder anzuspornen zur Gewerkschaftsarbeit. Es sei ihm hier nochmals herzlich Dank gesagt im Namen der Kollegen. R.

**München.** Unsere Jahrestelle befindet sich gegenwärtig in einer Wohnbewegung. Der im Jahre 1910 abgeschlossene Wandervertrag läuft am 1. Januar 1914 ab und wurde am 1. Juli gekündigt. Die heutige Wohnbewegung wird ebenso wie die vorige, wieder gemeinsam mit dem Deutschen Wanderverband geführt. In Anbetracht der in den letzten Jahren sehr verteuerten Lebens-

Wohnungsmieten wurden gemeinschaftlich annehmbare Wohnsätze aufgestellt und diese den Arbeitgebern eingereicht.

**Leidersdorf.** Zwischen den zu einem großen Teile bei uns organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Dürener Firma Feinr. Aug. Scholler'sches Papierfabriken und den Betriebsinhabern ist es zu Differenzen gekommen, die, falls in den ersten Tagen eine Einigung nicht erfolgt, leicht eine Arbeitsniederlegung größeren Umfangs nach sich ziehen wird.

Früher mehrfach vorgenommene Maßnahmen, aus denen man leicht auf Mangelregieren seitens des Arbeitgebers schließen konnte, liegen seit langem die Schaffung eines Arbeiterausschusses ratlos erscheinen.

Leider fand die von den Arbeitern vorgenommene Wahl nicht den Beifall der Firma, die erklärte, als Vertreter des Gesamtbetriebes keinen nur von den Organisierten gewählten Ausschuss anzuerkennen.

Hier haben die Herren etwas angelehnt, was gar nicht in Frage kam, indem die Gewählten nur die Vertretung der Organisierten darstellen sollten und nichts mehr. Weiter gab die Firma wiederholt bekannt, daß sie prinzipiell niemals mit Verbandsvertretern über Betriebsfragen verhandeln werde.

Eventuelle Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft will die Firma nur einzeln entgegennehmen und weiß bezüglich des Arbeiterausschusses immer auf den jetzigen Krankentafelvorstand hin, der allerdings zur Hälfte aus Weisern besteht und der jahrelang niemals bezüglich Einführung besserer Verhältnisse tätig gewesen ist. Die Empfindung, daß dieser Kassenvorstand nicht die richtige Vertretung für die Arbeiterschaft darstellt, hat die Firma wohl selber, indem sie schreibt, nach dem 1. Januar 1914 könne der vergrößerte neugewählte Krankentafelvorstand zur Hälfte je nach dem Ausschuss für die in Betracht kommenden beiden Fabriken bilden. Auch brauchen dann keine Weisler mehr dem Vorstande anzugehören.

Die fortwährende Ablehnung der Arbeiterwünsche, so die erfolgte Abzanzelung einer gewählten Arbeiterordnung hat die inzwischen zahlungsmäßig stark gewachsene Kollegenschaft in eine Verbitterung hineingebracht, die über kurz oder lang sich irgenwie Luft machen wird.

Nachdem nun heute die Organisation bereits neun Zehntel aller erwachsenen männlichen Personen in diesen beiden Betrieben erfasst hat, wollen die Arbeiter ihre Wünsche nicht länger zurückstellen und haben dieselben deshalb bereits am 1. September durch unsere Zentrale der Firma übermitteln lassen, ohne auf Einzelheiten näher einzugehen, was man den persönlichen Beschwerden vorbehalten möchte. Es wurde gemüht:

1. Anerkennung der Organisation als Vertreterin der Arbeiterschaft;
2. Anerkennung des Fabrik-Ausschusses, wenn auch nur für die Organisierten;
3. eine in sich abgeschlossene allgemeine Lohn-erhöhung;
4. Schaffung von Einrichtungen zur Förderung der Gesundheit.

Die Firma antwortete umgehend, daß ein Eingehen auf unsere Eingabe ihr erst nach Rückkehr mehrerer Teilhaber von der Reise möglich wäre.

Nachdem nach etwa 14 Tagen die Herren von der Reise zurück kamen, erbat sich Kass. Reifensberg von der Firma schriftlich Mitteilung, wie sie sich zu dem Ansprechen der Zentrale vom 1. September stelle und mit wem sie die Verhandlungen führen wolle, ob mit der Organisation oder mit gewählten Vertretern aus dem Betriebe selbst. Ferner stellte er, falls keine Antwort erfolge, den Besuch der Verbandsvertreter in Aussicht.

Die umgehend einlaufende Antwort erhielt nur die Mitteilung, daß der Besuch der Verbandsvertreter nicht erwünscht wäre, weshalb die Verzögerung um nähere Aufklärung ersuchte, damit man ersehen könne, mit wem man denn eigentlich verhandeln wolle.

Inzwischen blieben die Arbeitgeber aber auch nicht untätig. Zunächst ließ man 20 Anschlagtafeln anfertigen und einen „An unsere Arbeiter!“ betitelten Aufschlag anbringen, wodurch die Arbeiterschaft vor der Organisation gewarnt wurde.

Die Firma geht in diesem Schreiben keineswegs auf die materiellen und sonstigen Wünsche der Arbeiterschaft ein, sie tut das mit der Bemerkung ab, die Verbandsvertreter wären einseitig unterrichtet und verspricht nur erneut am 1. Januar den neuen Krankentafelvorstand als Ausschuss gelten zu lassen.

In letzigeren heißt es dort förmlich: „Im Hinblick auf das bisher stets gut bestandene Verhältnis zwischen der Firma und ihrer Arbeiterschaft müssen wir es zurückweisen, daß fremde Persönlichkeiten, die mit den Verhältnissen nur einseitig befaßungsmäßig sind, sich zwischen uns und unsere Arbeiterschaft drängen und Verwirrung verschaffen.“

Von jeder haben die Wünsche der Arbeiterschaft bei den Firmeninhabern ein offenes Ohr gefunden und durch direkte Aussprache ist stets alles auf das Beste geordnet worden.

Wir richten daher das Ersuchen an die Arbeiterschaft, sich nicht durch fremde Beeinflussung verleiten zu lassen, das alte, gute Einvernehmen zu lösen.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft den stets bewährten humanen und lokalen Sinn der Arbeitgeber anerkennen und damit geist, daß sie weiß, wo ihre Interessen am meisten gewahrt sind.

Anhand nun beruhigend zu wirken, hat der Anschlag nur weitere Verbitterung geschaffen. Als die Arbeitgeber dies erkannten, glaubten sie, weiter tatsächliche Maßnahmen anwenden zu müssen und machten bekannt, daß der Krankentafelvorstand in seiner Eigenschaft als Fabrik-Ausschuss Freitag Abend die Wünsche der Arbeiterschaft prüfen werde.

Von dieser Anordnung wurde auch Kass. Reifensberg seitens der Firma verständigt, allerdings schloß das Schreiben mit der Bemerkung, von einer allgemeinen Lohnaufhebung könne nicht die Rede sein.

Die am Freitag Abend stattgefundene Besprechung des Krankentafelvorstandes konnte unmöglich etwas

von Vorteil für die Arbeiterschaft zeitigen, da ersiens einmal der Leiter als Angestellter keine Befugnisse zu irgend einer Zulage hatte und zweitens die nur beamteten Teilnehmer des Betriebes Reumühle von den Wünschen unserer dortigen ca. 200 Kollegen keine Ahnung hatten und sie andererseits auch schwerlich gegen die Firma vertreten wollen bzw. können.

Auf diese Weise verlief die Besprechung resultarlos und war die Berichterstattung über das dort Vorgekommene geeignet, in der Sonntag in Leidersdorf stattgefundene großen Versammlung die Erregung nur noch zu steigern, jedoch die von Hunderten der unseren besuchte Versammlung zu dem Entschlusse kam, die Handlungsweise der Firma als Krüschler der Organisation anzusehen und deshalb mit sofortiger Massenfündigung antworten wollte.

Die anwesenden Verbandsvertreter Hornbach und Reifensberg erkannten die Erregung an, bestanden jedoch darauf, daß, ehe das Neuerliche gemacht werde, unterseits nochmals der Besuch gemacht werden müsse, wenn auch zum letztenmale, eine friedliche Beilegung der Differenzen zu erzielen.

Die vorgebrachten Vernunftgründe und der Appell an die Anwesenheit, vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß Führer und Mitglieder eines Sinnes sind, und sie auch willens sind, in letzter Stunde dem Arbeitgeber noch die Friedenshand zu reichen, wenn er uns eben einigermaßen annehmbare Konzessionen macht, verschafften einem diesbezüglichen Antrage einstimmige Annahme.

Wenn der Arbeitgeber jetzt den Frieden noch will, so kann er ihn haben, allerdings muß er innerhalb 3 Tagen Bescheid geben, ob er verhandeln und in etwa die Löhne aufbessern will. Weist man aber hartnäckig und leidet wie bisher alle rundweg ab, so ist es nicht ausgeschlossen, daß demnächst mehr als 350 Mitglieder unserer Verbandes zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses übergehen.

### Versammlungskalender.

- Versammlungen finden statt:
- Nagel.** Am 27. September abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr sehr wichtige Versammlung; das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend nötig. Freunde unserer Bewegung mitbringen. Lokal Nilschen Viktoriastraße.
  - Angsborg.** Jeden 2. Samstag im Monat im Gewerkschaftslokal „Schilgenballe“ Wintergasse 12.
  - Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Refr. Wilms, Ludwigstr. 81 in Elberfeld und im Refr. Lindermann Oberbörnerstr. 16 in Barmen.
  - Berlin.** Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller, Stralauerstr. 53 (Wärterheim) pünktlich 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.
  - Bielefeld.** Jeden 1. Mittwoch im Monat im christl. Gew.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
  - Bonn.** Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant König, Duingasse 4.
  - Diesfen (Oberh.).** Jeden 1. Samstag nach dem 15. eines jeden Monats findet im Gasthof „Neue Post“ unsere Versammlung statt.
  - Donauwörth.** Jeden 1. Samstag im Monat im Gasthaus „Zum scharfen Eck“ (Ratl Adhner).
  - Duisburg.** Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant Gorko, Friedr. Wilh.-Platz, Ecke Sonnenwall.
  - Düsseldorf.** Nächste Versammlung am 4. Okt.
  - Essen.** Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Restaurant Ratl Rosen, Alfredplatz.
  - Freiburg.** Samstag, den 4. Okt. im Verkehrslokale Brauerei Genter, Schiffstr.
  - Freising.** Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus zum Jägerwirt.
  - Hagen.** Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung bei Gidhoff, Adhnerstr. 17.
  - Hamburg.** Nächste Versammlung am 27. Sept. in Hagelsteins Gesellschaftshaus, Schlachterstr. 43/44.
  - Hamm.** Versammlung am 4. Oktober bei Hagenet, Südtstraße.
  - Kempten.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
  - Ketzlar.** Nächste Versammlung am 4. Okt.
  - Köln.** Am 27. Sept. im Dreieck mit Vortrag.
  - München.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Schommergarten, Schommerstr. (5 Minuten vom Bahnhof).
  - W. Gladbach.** Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt Paul Lambert Steppstraße 1/3 Uhr.
  - W. Gladbach-Holt.** Jeden 2. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung beim Wirt Peter Drehsen. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.
  - Münster.** Samstag, den 27. Sept. bei Tillmann Böningstraße. Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht.
  - Nürnberg.** Jeden 8. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung im Restaurant Laufertor.
  - Paderborn.** Jeden 2. Dienstag im Monat im Bismarckhaus.
  - Weggenburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jahn-Hinrichsstraße.
  - Söllingen-Wahl.** Jeden 1. Sonntag im Monat vormittags um 11 Uhr bei Bergshoff Adhnerstraße.
  - Sittigart.** Am 1. Montag jeden Monats, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Christophstraße Nr. 11.
  - Würzburg.** Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung bei Scholl, Handgasse.

Unserem lieben Kollegen  
**August Behmeyer**  
nebst seiner wertvollen Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung

Unserem werten Kollegen  
**Konrad Sedlmayr**  
nebst seiner wertvollen Braut herzlichste Glückwünsche zur Vermählung.

Verantwortlich: R. Sedlmayr, Köln, Rindermannstr. 11. Druck: Eduard-Greif'scher Buchverlag, Köln.